Völlig veraltete Datenlage

Karsten Riggert ist einer der Leiter der Bürgerinitiative "Unser Wasser" in Lüneburg. Er schildert dem Harburger Blatt seine persönlichen Beweggründe für seinen Kampi ums Heidewasser.



Von Karsten Riggert

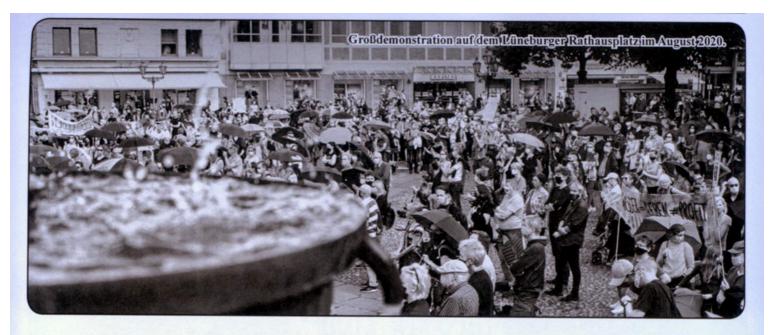
üneburg. Es gibt diesen Moment im Sommer 2018, in dem sich das anfangs diffuse Gefühl bei mir zur Gewissheit verdichtet hatte: Das ist doch definitiv nicht mehr normal, was sich hier gegenwärtig draußen abspielt: Ununterbrochen blauer Himmel, strahlender Sonnenschein und Hitze wie in Südeuropa - noch nicht einmal unterbrochen von Gewittern. Noch nie in meinem Leben hatte ich solch eine, monatelang währende, Periode schönsten Sommerwetters in Norddeutschland erlebt. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit in den achtziger Jahren, an das ewig unbeständige Wetter, das entsprechend häufig von uns kritisiert wurde, als unsere Kinder noch klein waren. Wie oft musste man bei Regen mit ihnen nach draußen, Regenjacken, Mützen, Matschhosen und Gummistiefel an. Entsprechend gedämpft verhielt sich die eigene Laune. Campingurlaub mit Kindern: Jedes Mal eine Gratwanderung entlang den Unbilden des Wetters...

ls die Trockenheit und die sommerliche Hitze sich ihrem AKulminationspunkt näherten und die Hitzewelle auf der gesamten Nordhalbkugel als Symptom der Klimakrise offenbar wurde, erschien (wahrlich, zur besten Zeit!) ein Artikel in der Lokalzeitung: Der in Lüneburg ansässige Coca-Cola-Konzern möchte seine Fördermenge verdoppeln, das von ihm verkaufte VIO-Mineralwasser sei so beliebt, dass man auch noch weitere 350.000 cbm jährlich aus der Erde pumpen und vermarkten könne. Während Wälder und Natur verdorrten und Menschen Wasser rationierten, dachte der Konzern an seine Wachstumsraten - basierend auf eben diesem Wasser. Von den Probebohrungen in der Reppenstedter Feldmark hatten wir wohl gehört, dabei gehofft, dass sie keinen Erfolg haben würden. Doch nun war offenbar der Ort gefunden, die Brunnenbohrung stand bevor. Das war die Initialzündung, aus der sich später die BI UnserWasser entwickelte: Wie konnte der Konzern nur so dreist sein, ausgerechnet in einer Zeit, in der wir uns alle Sorgen um die Zukunft des Allgemeinguts Wasser machen, nun auch noch seine Fördermenge zu erhöhen, um noch mehr Wasser in Plastikflaschen zu verpacken?

Wie mischt man sich ein in einen Dialog, in dem normalerweise Fachleute in Behörden und Instituten das Sagen haben? In eine Angelegenheit, die doch in einem Rechtsstaat klar geregelt ist? Das geht nur langsam, durch unermüdliches Nachfragen, Lesen, darüber-Nachdenken, Recherchieren, Durchackern von Studien, Teilnahme an Sitzungen, Schreiben von Briefen und Anfragen, Kontaktaufnahme mit den unterschiedlichsten Personen und Vernetzungen mit anderen Gruppen. Es
kommt ein Punkt, ab dem man erkennt, dass man sowohl das
Verfahren als auch dessen neuralgische Punkte erfasst hat. Diese
herauszuarbeiten, offenzulegen und in die öffentliche Diskussion
zu bringen, tut den häufig eingeschliffenen Verwaltungsgängen
bisweilen gut, auch in einem ansonsten funktionierenden Rechtstaat. Dazu zählt auch die Aufdeckung inhärenter Widersprüche,
die gern unter den Teppich gekehrt werden.

angen wir gleich mit dem ersten an: In der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) steht bereits in der Präambel: "Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss." Wie kann es dann sein, dass der Staat eine Mineralwasserverordnung erlässt, aufgrund derer sich private Mineralwasserkonzerne ermutigt sehen, überall in der Landschaft herumzubohren, Wasserrechte zu beantragen und im Regelfall auch zu bekommen? Warum erhalten die Konzerne das tiefenreine Wasser auch noch zu einem Spottpreis? Warum können die unteren Wasserbehörden in den seltensten Fällen eine solche Genehmigung zur Wasserentnahme verweigern? Die Bürgerinitiative steht auf dem Standpunkt, dass die Rechtsvorschriften zur Förderung von Mineralwasser durch private Konzerne angepasst werden müssen. Deren Geschäftsmodell höhlt die EU-WRRL zunehmend aus, seit die Konzerne erkannt haben, dass sie den Rohstoff mehrtausendfach teurer verkaufen können als sie ihn einkaufen, etwa 90 Cent zu 0,018 Cent je Liter. Warum denkt man nicht über eine progressive Wasserentnahmegebühr nach, ähnlich der Einkommensteuer, nur mit sehr viel steilerer Progression?

Im Erlass zur mengenmäßigen Bewirtschaftung des Grundwassers findet man in der Anlage 5 das klare Statement, dass "das Grundwasser tiefer Stockwerke der Trinkwassergewinnung vorbehalten bleiben solle" (aufgepasst: Die Mineralwasserförderung zählt nicht dazu, sie ist eine industrielle Nutzung!), und dass sehr reines Tiefengrundwasser "ein besonders schützenswertes Gut darstellt". An genau solches Wasser wollen aber die Mineralwasserkonzerne. Warum überlässt man ein als besonders schützenswert deklariertes Gut einem internationalen Großkonzern, der ausschließlich auf kommerziellen Markterfolg setzt und mit Milliarden Plastikflaschen den Planeten vermüllt, zum Weiterverkauf – und das noch zu einem Einkaufspreis in Höhe der Portokasse? Hierzu haben wir noch keine schlüssigen Antworten.



Inzwischen lässt der Coca-Cola-Konzern verlauten, dass die Nachfrage nach Mineralwasser derart rückläufig sei, dass die angestrebte Wassermenge derzeit überhaupt nicht verkauft werden könne und er sich deshalb von seinem Vorhaben vorerst zurückziehe. In der Tat schöpft er mittlerweile noch nicht einmal die bisherigen Wassermengen auch nur annähernd aus. Ist dies auf einen Bewusstseinswandel der Bevölkerung zurückzuführen? Wir würden es begrüßen, aber wir sehen auch noch andere Gründe, die ihn zum Rückzug bewogen haben können.

Das Thema Wasser ist deshalb so komplex, weil wirklich alles Leben von ihm abhängt: Die gesamten Ökosysteme, das Klima, das menschliche Leben, die Nahrungsmittelversorgung – aber eben auch die Wirtschaft, die Industrie und unser Wohlstand und gewohnter Komfort. Die Beschäftigung mit dem Thema zeigt schnell, dass sämtliche gesellschaftlichen Bereiche berührt werden. Unterschiedlichste Interessen am Wasser durchkreuzen Behörden und Institutionen. Natürlich versuchen Lobbyisten, Einfluss auf Gesetzestexte und Rechtsvorschriften zu nehmen.

ber bis zu welchem Punkt kann man eine Grundwasserent-Anahme überhaupt als "nachhaltig" bezeichnen? Das ist eine gute Frage, über die es sich lohnt, länger nachzudenken. Häufig gehen Antworten in die Richtung, dass die jährliche Entnahme die jährliche Neubildungsrate nicht übersteigen dürfe. Das ist natürlich eine Binsenweisheit. Aber ist eine Grundwasserentnahme denn annähernd nachhaltig, wenn sie, sagen wir, "nur" 40 Prozent der mittleren Neubildungsrate betragen würde? Mitnichten, in der Regel gilt mehr als 20 Prozent bereits als problematisch. Zunächst gilt der hydrologische Grundsatz: Jedes Wasser, das an irgendeiner Stelle entnommen wird, fehlt an irgendeiner anderen Stelle. An die jährliche Neubildungsrate des Grundwassers, das letztlich über die Bäche und Flüsse wieder der Nordsee zufließt, haben sich unsere Ökosysteme angepasst. Sie brauchen dieses abfließende Wasser, das die umgebende Natur wässert, um sich so zu erhalten, wie sie sind. Wenn wir als Menschen meinen, wir könnten einen Großteil dieses ohnehin abfließenden Wassers entnehmen und für unsere Zwecke einsetzen und dabei ungestraft davonkommen, dann irren wir. Die Frage mit der Nachhaltigkeit muss anders gestellt werden: Wie viel Veränderungen an der uns umgebenden Natur sind wir bereit zu akzeptieren, wenn wir Wasser für unsere persönlichen

und wirtschaftlichen Zwecke entnehmen möchten? Dabei müssen wir alle Abnehmer, auch die landwirtschaftliche Feldberegnung, obwohl sie der Erzeugung von Nahrungsmitteln dient, mit in den Blick nehmen.

Tir müssen aufmerksam bleiben, wie auch von Behörden mit dem mengenmäßigen Zustand des Grundwassers argumentiert wird. Für unsere beiden Lüneburger Grundwasserleiter im Ilmenau Lockergestein gilt er behördlicherseits als gut. Die Bürgerinitiative hat Zweifel an dieser Aussage. In der Grundwasserverordnung, §4, Satz 1, steht ein wenig beachteter Satz: Der mengenmäßige Zustand ist dann gut, wenn die Grundwasserstände zeigen, dass die langfristige mittlere jährliche Grundwasserentnahme das nutzbare Dargebot nicht übersteigt. Das Wort "zeigen" wird nicht näher beschrieben. Unseres Erachtens hat ein solcher Grundwasserstand aber nur ein ausgesprochen geringes Verhaltensrepertoire, etwas zu "zeigen": Er kann langfristig sinken, gleich bleiben oder steigen. Für die niedersächsischen Grundwasserstände gilt in weiten Teilen ersteres, amtlich festgestellt im Grundwasserbericht des NLWKN zu den Trockenjahren 2018/19. In klarer Sprache wird im Schlusswort festgehalten, dass das langfristige Sinken der Grundwasserstände signifikant ist und nicht mehr mit zufälligen Schwankungen erklärt werden kann. Dann kann der mengenmä-Bige Zustand aber nicht mehr gut sein!

Die Landesbehörden berufen sich auf modellierte Grundwasserneubildungsraten, deren Datengrundlage von 1961-1990 (!) stammt. Neubildungsraten für die Anschlussperiode 1991-2020 (immerhin bereits am 31.12.2020 ausgelaufen), die dann insbesondere die jüngsten Trockenjahre 2018-2020 mit beinhalten würde, liegen derzeit immer noch nicht vor. Ich frage mich, auf welche angebliche Gewissheit die Behörden ihre Aussage stützen, wenn sie noch nicht einmal Kenntnis von diesen Werten haben.

In einem Gespräch mit Umweltminister Olaf Lies, das kürzlich stattfand, konnte die BI ihre Standpunkte einmal in kleiner Runde und ruhiger Atmosphäre ausführlich vorstellen und begründen. Dabei wurde der Blick auch auf Süddeutschland gerichtet, wo die Behörden aktuelle Daten schneller einpflegen, mit gleitenden Zeitreihen arbeiten und einen Trend abnehmender Grundwasserneubildungsraten diagnostizieren. Vielleicht muss Niedersachsen doch noch einmal genauer hinschauen.